

Nachgefragt

«Das Ausländerstimmrecht ist hier selbstverständlich»

Herr Egli, was bewog die Gemeinde Wald, das Ausländerstimmrecht in die Gemeindeordnung aufzunehmen?

Jakob Egli: Die vorbereitende Arbeitsgruppe fragte sich, wieso man die in der Kantonsverfassung verankerte Möglichkeit des Ausländerstimmrechts nicht in die Gemeindeordnung aufnehmen soll. Und fand nichts, das dagegen sprach.

Was spricht denn dafür?

Die Leute zahlen bei uns Steuern, trinken unser Wasser, schicken ihre Kinder in unsere Schule. Es gibt keinen Grund, wieso sie auf kommunaler Ebene nicht mitbestimmen dürfen.

Wie gut kam die Revision – inklusive Ausländerstimmrecht – an der Urne an?

Sehr gut: 185 stimmten ihr zu, nur 74 lehnten sie ab. Dabei gibt es aber zu bedenken, dass es darin um noch vieles mehr ging. Der Punkt Ausländerstimmrecht sorgte jedoch nie für Kontroversen.

In Wald wie auch im Kanton Appenzell Ausserrhoden war das Ausländerstimmrecht Teil einer Gesamtrevision. In Zürich wird separat darüber abgestimmt. Schmälert das die Chancen?

Ja, ich denke schon.

Wie reagierte das Dorf auf das neue Ausländerstimmrecht?

Die Ängste, welche die Parteien geschürt haben, haben sich nicht bewahrt. Passiert ist überhaupt nichts. Das Ausländerstimmrecht ist für die Einwohner selbstverständlich: Die wohnen bei uns, die gehören zu uns, die sollen auch abstimmen dürfen.

Machen sich die ausländischen Stimmen auf Wahl- und Abstimmungsergebnisse bemerkbar?

Ausländer stimmen so ab wie alle anderen auch. Wir stellen nicht die geringste Veränderung fest.

Wie viele Ausländer machen zurzeit Gebrauch davon?

Wir schätzen, dass ungefähr 25 Personen die Auflage, zehn Jahre in der Schweiz und fünf im Kanton gelebt zu haben, erfüllen und es beantragen könnten. Zurzeit haben es aber nur 10. Doch für diese 10 ist es sehr wichtig. Die lassen keine Abstimmung aus. Es ist wie bei uns Schweizern auch: Gewisse Leute interessieren sich für Politik, andere fountieren sich.

Wie hoch ist der Ausländeranteil in Wald?

Der liegt bei rund 13 Prozent. Das hängt aber auch damit zusammen, dass wir bei Einbürgerungen sehr

progressiv sind. Wir kennen keine Probleme mit Ausländern, gerade weil sie akzeptiert sind und sich deshalb gut integrieren können. Familien, die hier schon lange leben und bleiben wollen, bürgern wir ein. In einer so kleinen Gemeinde wie Wald senkt das den Ausländeranteil schnell.

Kurz nach der Einführung des Ausländerstimmrechts wurde ein Holländer in den Gemeinderat gewählt.

Ja, Max Schindler war einige Jahre im Gemeinderat. Ist doch kein Problem – bei uns ist er der Max und nicht ein Holländer. Er ist übrigens mittlerweile auch Schweizer.

In Wald gibt es keine Parteien. Vereinfachte das die Diskussion?

Definitiv. Bei uns ist niemand einer übergeordneten Partei Rechenschaft schuldig. Wir politisieren unabhängig von Parteien, die ein Interesse daran haben, dass das Ausländerproblem nicht gelöst wird, weil sie damit Stimmen generieren können. Wir können die einzelnen Geschäfte unvoreingenommen betrachten und sie sachlicher angehen. Das ist ein riesiger

Jakob Egli



Jakob Egli (parteilos) ist Gemeindepresident der 840-Seelen-Gemeinde Wald im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Die Gemeinde führte 1999 im Rahmen der Gesamtrevision der Gemeindeordnung das Ausländerstimmrecht ein. Seit der Gesamtrevision der Kantonsverfassung im Jahr 1996 haben Gemeinden dort das Recht, auf kommunaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die es beantragen, einzuführen. In Appenzell-Ausserrhoden haben dies neben Wald auch die Gemeinden Trogen und Speicher getan.

Unterschied zur nationalen Politik, wo mit plakativen Parolen operiert wird und nichts dazugelernt werden darf. Parteien sind in Bezug auf die Integrationspolitik eher hinderlich als förderlich.

Würden Sie anderen Gemeinden das Ausländerstimmrecht empfehlen?

Ja. Natürlich muss jede Gemeinde selbst bestimmen, was für sie richtig ist. Doch unsere Erfahrungen brachten nur Positives zutage.

Interview: Sophie Rüesch

VON SARAH SERAFINI

Die Kantone Neuenburg, Jura, Freiburg, Waadt, Genf, Basel-Stadt, Graubünden und Appenzell Ausserrhoden haben es schon eingeführt. Jetzt kommt die Frage, ob Ausländer das Stimm- und Wahlrecht erhalten sollen, am 22. September ein weiteres Mal im Kanton Zürich vors Volk. «Noch mehr verdünnen kann man das Anliegen dieses Mal nicht», sagt Rolf Steiner, Dietiker Kantonsrat (SP).

Mit dem Anliegen meint Steiner die Volksinitiative «Für mehr Demokratie». Wird die Initiative angenommen, so können die Gemeinden des Kantons Zürich – mittels einer kommunalen Abstimmung – selbst entscheiden, ob sie das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene für Ausländer einführen möchten. Dies gälte aber nur für diejenigen Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz wohnen und davon seit drei Jahren in derselben Gemeinde. Zudem müssten die Ausländer das Stimm- und Wahlrecht persönlich auf der Gemeinde beantragen. Initianten sind unter anderem die SP, die GLP, die CVP, die CSP und der Verein «Second@s Plus».

Für Steiner gibt es wohl kaum eine Initiative mit mehr Einschränkungen. «Das Stimmrecht für Ausländer ist ein altes Anliegen, das im Kanton Zürich immer wieder abgelehnt wurde. Nun versucht man es erneut mit



«Das Stimm- und Wahlrecht ist an die Einbürgerung gekoppelt»

Andreas Geistlich, FDP-Kantonsrat

dieser sehr sanften Vorlage», so Steiner. Der Dietiker Sozialdemokrat stellt sich auf allen Ebenen hinter die Initiative.

16 Prozent der Dietiker stimmen ab

Mit 93 gegen 68 Stimmen lehnte der Kantonsrat die Initiative ab. Für den Schlieremer Kantonsrat Andreas Geistlich (FDP) die richtige Entscheidung. Für ihn ist klar: «Das Stimm- und Wahlrecht ist an die Einbürgerung gekoppelt.» Die Einbürgerung sei eine Reifeprüfung, die zuerst einmal bestanden werden müsse. So würden dort Ausländer beispielsweise

se auf ihre Deutschkenntnisse geprüft, was für Geistlich ein wichtiger Punkt darstellt. «Die Sprache ist der Gradmesser der Integration.»

Der Initiative räumt er wenig Chancen ein. «Das Thema «Stimmrecht für Ausländer» wurde schon so oft aufgekocht und immer wieder abgelehnt. Ich glaube nicht, dass es dieses Mal anders sein wird», so Geistlich.

41 Prozent der Dietiker sind Ausländer ohne Stimmrecht. Bei der letzten Abstimmung gingen rund 33 Prozent der 12265 Stimmberechtigten an die Urne. Das sind 16 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung von Dietikon. Zeljko Vuksanovic, Dieti-

Altes Anliegen

Limmattal Politiker sind sich uneins,

ker SP-Politiker und Schulpfleger, findet es falsch, dass in Dietikon nur ein Bruchteil der Bevölkerung über das Geschehen in der Gemeinde bestimmen kann.

Stimmrecht nur mit Einbürgerung

Anderer Meinung ist Rochus Burtscher, Dietiker Kantonsrat (SVP). Für ihn ist das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer «schlicht ein No-go», aus denselben Gründen wie jenen Geistlichen. «Wenn ein Ausländer das Recht auf mehr Mitbestimmung fordert, so kann er sich einbürgern lassen», sagt Burtscher.

Rolf Steiner sieht das nicht so. Gerade in Dietikon macht die italienische Wohnbevölkerung den grössten Teil der Ausländer aus. Davon befänden sich viele schon über 50 Jahre in der Schweiz. Viele sprächen zwar nicht gut Deutsch, seien aber sehr in das Gemeindeleben involviert und im Vereinsleben aktiv. Eine Mitbestimmung über die Politik würden sich solche Personen wünschen, so Steiner. «Einbürgern lassen wollen sie sich aber nicht, da sie den Deutschtest wahrscheinlich gar nicht bestehen würden.» Laut Steiner gäbe es bei der Einbürgerung zudem mehrere kleine Schikanen, denen sie sich nicht aussetzen wollen.

Dass sich an den Wahl- und Abstimmungsergebnissen gross etwas verändern würde, wenn Ausländer das Stimmrecht erhielten, glauben weder Burtscher noch Steiner. Und doch sagt Letzterer: «Obwohl sich die Politik deswegen nicht ändert, würde die Wertschätzung der ausländischen Wohnbevölkerung erhöht.»

Stimmrecht erfreut, ändert aber wenig

Landeskirchen In den Kirchgemeinden des Kantons dürfen Ausländer seit 2010 mitbestimmen. Viel verändert hat sich seither nicht.

VON SOPHIE RÜESCH

Was auf politischer Ebene für heisse Köpfe sorgt, ist bei den Kirchen seit 2010 eine Selbstverständlichkeit. Der neuen Kirchenordnung, die unter anderem das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht für Ausländer beinhaltet, stimmten die Reformierten 2009 mit knapp 76, die Katholiken mit rund 78 Prozent Ja-Stimmen zu.

Eine systematische Auswertung zum Thema Ausländerstimmrecht liegt bei den Reformierten des Kantons noch nicht vor. «Die erste Amtsperiode seit dem Inkrafttreten der neuen Kirchenordnung im Jahr 2010 ist noch nicht abgeschlossen. Es können somit noch keine verlässlichen Schlüsse gezogen werden», sagt Arnold Schudel, Kanzleileiter der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. «Wir stellen jedoch fest: Das Ausländerstimmrecht wird beansprucht.» Vereinzelt hätten sich ausländische Reformierte in Zürcher Gemeinden auch als Mitglied in kirchliche Behörden wählen lassen – vorwiegend Deutsche.

Chance Passiv-Stimmrecht

Auch bei der Katholischen Kirche im Kanton Zürich ist es noch zu früh für eine umfassende Auswertung. Aschi Rutz, Bereichsleiter Kommunikation Synodalrat, hält jedoch fest: «Es war überfällig, dass Mitglieder, die sich in der Kirche engagieren, auch mitwählen dürfen.» Die Erfahrungen mit dem Ausländerstimmrecht seien bisher positiv. Anders als auf politischer Ebene habe sich bei den Zürcher Katholiken auch nie Widerstand dagegen geregt. «Diese Leute zahlen Kirchensteuern. Es ist nur recht, dass sie auch ihren Pfarrer wählen dürfen.»

Und bereits jetzt hätten sich ausländische Mitglieder auch in Kirchenämtern wählen lassen. Im Ausländerstimmrecht sieht Rutz eine Chance für die katholische Kirche: «Es ist nicht einfach, geeignetes Personal zu finden. Wir sind froh, wenn es mehr Leute gibt, die sich potenziell aktiv beteiligen können.» Und das wären theoretisch einige: Gemäss der kantonalen Bevölkerungserhebung 2011 sind knapp 30 Prozent oder rund 325 000 Mitglieder Ausländer.

Wie viele neue Stimmberechtigte von ihrem neuen Recht Gebrauch machen, wird sich spätestens bei den Erneuerungswahlen der Kirchenpflegen für die Amtsdauer 2014 bis 2018 zeigen. «Angst vor einem drastischen Umschwung – ob in konservative oder progressive Richtung – haben wir nicht», sagt Rutz. «Unsere ausländischen Mitglieder denken nicht grundsätzlich anders als die einheimischen.» Zudem gehe man nicht davon aus, dass alle Neu-Stimmberechtigten wählen gehen. «Es ist wie bei uns Schweizern: Es gehen nie alle an die Urne, auch wenn sie das Recht dazu haben.»

Der Glaube zählt, nicht der Pass

Im Limmattal ist man froh, dass das Ausländerstimmrecht eingeführt wurde. Kurt Vogt zum Beispiel, Pfarrer des Seelsorgeraumes Dietikon-Schlieren, empfindet es als «sehr wertvoll», dass seit 2009 auch ausländische Mitglieder mitreden dürfen. Denn: «Glaube beschränkt sich nicht auf Nationalitäten. Bei uns sollen alle gleichberechtigt sein, und zwar aufgrund ihres Platzes in der Glaubensgemeinschaft, und nicht aufgrund ihres Passes», ist Vogt – übrigens ein Liechtensteiner – überzeugt.

Nur: Von diesem Recht haben laut Vogt bisher die wenigsten Gebrauch gemacht. Dies, obwohl die katholi-

sche Gemeinde 2010 auf einen Schlag grob ein Drittel mehr Stimmberechtigte bekam. Doch: «Es sind immer die gleichen, die sich engagieren. Seit 2010 dürfen sie nun einfach auch abstimmen», sagt Hubert Zenklusen, Präsident der katholischen Schlieremer Kirchenpflege. Dies empfindet er zwar als «richtig und wichtig», hält jedoch fest: «Bei uns hat das Ausländerstimmrecht keine grossen Wellen geworfen.»

Wer sich engagiert, soll auch wählen

Auch in der reformierten Kirche in Oberengstringen hat sich seit 2010 nicht viel verändert. In der rund 1800 Mitglieder zählenden Kirchgemeinde befinden sich laut Kirchenpflegepräsidentin Claudia Trüb nur «wenige» Ausländer, die meisten von Ihnen Deutsche.

Auf Stimmbeteiligung oder -verhalten habe sich das Ausländerstimmrecht bisher noch nicht bemerkbar gemacht, wohl auch, «weil noch gar nicht allen bewusst ist, dass sie nun wählen dürfen.» Zwar sei die Stimmbeteiligung bei der Wahl des neuen Pfarrers Jens Naske – ein Deutscher – erfreulich hoch gewesen. «Es könnte sein, dass das mit den deutschen Mitgliedern zusammenhängt. Wichtiger war aber sicher seine Beliebtheit in der Kirchgemeinde», so Trüb.

Klar sei, dass das Ausländerstimmrecht von den Oberengstringer Reformierten gut aufgenommen wurde. «Ich habe nur positive Rückmeldungen erhalten. Das Ausländerstimmrecht wird von der Bevölkerung als Zeichen des Fortschritts geschätzt», sagt sie. Es sei sowohl für die Kirchgemeinde wie auch deren ausländische Mitglieder wichtig, dass alle, die das Gemeindeleben mit ihrem Einsatz prägen, auch mitbestimmen dürfen.



Das Ausländerstimmrecht hat den ländlichen Traditionen der Gemeinde keinen Abbruch getan: Viehschau in Wald AR.

KEY